

Peter Weingart

Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung – von den Möglichkeiten ganz zu schweigen

Möglichkeiten wissenschaftlicher Politikberatung

Ende November 2011 erschien in der *FAZ* ein Artikel des Klimaforschers Hans von Storch unter dem provokanten Titel: »Wissenschaft in der Falle der eigenen Wichtigkeit«. Von Storchs Argument ist einschlägig für die gesamte Diskussion zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung. Der konkrete Fall, den er behandelt, hat exemplarische Bedeutung: Die Klimaforschung hat seit Anfang der 1970er Jahre – so die Behauptung ihres deutschen Nestors Klaus Hasselmann – zwei Ziele: zum einen das Verständnis der natürlichen Ursachen von Klimaveränderungen (Entwicklung eines stochastischen Klimamodells), zum anderen die Unterscheidung der natürlichen von den anthropogenen (von Menschen verursachten) Ursachen (»detection & attribution«). Die Beziehungen zwischen den anthropogenen Klimaveränderungen und den dafür verantwortlichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen sollten in einem »Global-Environmental-Society«-Modell erfasst werden. Bei einer angenommenen gesellschaftlichen Akzeptanzschwelle negativer Klimaveränderungsfolgen sei es dann lediglich eine Aufgabe der Ökonomen, die Kosten für Anpassung und Vermeidung zu berechnen und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog zu erstellen.

In diesem Modell, so von Storch, »findet sich der demokratische Willensbildungsprozess nur bei der Festlegung der akzeptablen Änderungen und der Metrik und wie diese zu messen sind. Der Rest folgt zwingend aus dem wissenschaftlich generierten Wissen. Die Wissenschaft wird zum Strategiegeber für die globale Gesellschaft« (*FAZ* vom 28. 11. 2011). Aufmerksame Beobachter der Klimadebatte der vergangenen Jahre werden auch bemerkt haben, dass die Grenze dessen, was als Änderung akzeptabel erscheint, ebenfalls von der Wissenschaft vorgegeben und von der Politik zur Richtschnur genommen wird: die Zwei-Grad-Marke und die Stabilisierung bis

zum Ende des Jahrhunderts. »Das demokratische System hat nur noch zu vollziehen, und wenn es das nicht tut, dann sind die Leute blöd oder unzureichend gebildet« (von Storch, ebd.). Wenn von Storch feststellt, dass diese Auffassung unter den Klimaforschern weitgehend geteilt wird, ist die Anmerkung geboten: nicht nur unter den Klimaforschern, sondern unter beratenden Wissenschaftlern (fast) aller Disziplinen, und überdies begünstigt durch all jene Politiker, die vorgeben, aus wissenschaftlichen Erkenntnissen politische Schlussfolgerungen zu ziehen.¹ Keine Frage: dies ist der größtmögliche Erfolg jeglicher wissenschaftlichen Politikberatung. Als Politikberater sind die Klimaforscher in die höchsten Etagen der Macht gelangt (so der Potsdamer Klimaforscher Professor Schellnhuber als Klimaberater von Kanzlerin Merkel), und sie bestimmen einen erheblichen Teil der politischen Agenda.²

Dass viele Klimaforscher ebenso wie viele andere in der Politikberatung tätige Wissenschaftler (zum Beispiel Ökonomen!) die zitierte Auffassung vom Verhältnis der Wissenschaft zur Politik teilen, ist nicht auf eine lange Zeit vorherrschende erkenntnistheoretische Position beschränkt und aus ihr erklärbar. Vielmehr haben die Produzenten »wahren Wissens« seit dem 17. Jahrhundert eine herausgehobene Stellung in der Gesellschaft. Sie stellen eine besondere Elite mit besonderen Privilegien, und ihr Einfluss auf die Politik ist eines dieser Privilegien. Der Hinweis von Storchs auf die außer Kraft gesetzte »demokratische Willensbildung« ist nicht trivial, denn das Privileg des politischen Einflusses, das unter autokratischen Systemen unproblematisch war, gerät in demokratischen Ordnungen leicht in Konflikt zu diesen.

Der Einfluss der Klimaforschung geht weit über die direkte Politikberatung hinaus. Er erstreckt sich inzwischen auf die Wirtschaft – etwa in Form der Einführung des Handels mit Emissionszertifikaten – und noch viel weiter reichend auf das individuelle Alltagshandeln der



Menschen – etwa wenn sie sich in ihren Konsument-scheidungen an der Kategorie des ›CO₂-Fußabdrucks‹ (Carbon Footprint) orientieren in dem Glauben, dadurch zur Rettung des Weltklimas beizutragen. Das ist der größtmögliche Einfluss, den Wissenschaft überhaupt haben kann: Außer ein paar unverbesserlichen Skeptikern glaubt die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung an die Botschaft der Wissenschaftler, einschließlich der mitgelieferten Handlungsanweisungen.

Dieser umfassende Orientierungseffekt geht auf die Wirkung einer langjährigen Informationspolitik der Klimaforschung zurück, die im Unterschied zur direkten Politikberatung neuerlich sendungsbewusst als ›Gesellschaftsberatung‹ bezeichnet wird. Das Problem mit dem Begriff liegt darin, dass er unspezifisch bleibt und sich nicht von Propaganda in eigener Sache abgrenzen lässt, da die Gesellschaft nicht wirklich eine solche Beratung einfordert. Tatsächlich erfreuen sich die Erklärungen der Klimaforschung in den Medien einer ungewöhnlich dauerhaften Aufmerksamkeit. Über kein anderes wissenschaftsbezogenes Thema wird in Deutschland vergleichbar intensiv über einen so langen Zeitraum hinweg berichtet. Es besteht kein Zweifel, dass erst die Massenmedien der ›Gesellschaftsberatung‹ der Klimaforscher zu ihrem beispiellosen Erfolg verholfen haben. Die Massenmedien – geplant oder ungeplant – auf ihre Seite gezogen zu haben gehört eben zu diesem Erfolg. Aber nirgendwo gibt es grenzenlosen Erfolg. Was sind in diesem Fall die Grenzen?

... und was sind ihre Grenzen?

Ein instruktives Beispiel für die Ambivalenz des beschriebenen Erfolgs der politischen und gesellschaftlichen Wirkung der Klimaforschung bietet der Film *The Day after Tomorrow*. Dem Medium gemäß ist die Geschichte – der Golfstrom ›kippt‹, innerhalb von wenigen Tagen wird New York überflutet, vereist die nördliche Halbkugel – entgegen allen wissenschaftlichen Wissens narrativ zugespitzt. Regisseur wie auch Klimaforscher und politische Klimaschutz-Aktivistinnen nahmen das Glaubwürdigkeitsrisiko der fiktionalen Dramatisierung um der erhofften Breitenwirkung willen bewusst in Kauf. Nicht das durch den Stand der Forschung begründbare Argument, sondern die auf den Geschmack des Massenpublikums zielende Botschaft war beabsichtigt: Wenn ihr (im Film die politische Führung der USA) es noch immer nicht glaubt, wird es bald zu spät sein. (Im Film: Seht ihr,

jetzt ist es zu spät!) Die Warnungen der Klimaforscher haben längst Form und Funktion ideologischer Propaganda angenommen. Skeptiker werden zu ›politischen Feinden‹ (von Storch), denen auch schon mal unverhohlen gedroht werden darf.³

Wie fragil der Überzeugungserfolg ist, hat sich relativ früh in der Berichterstattung der Presse gezeigt. Schon Mitte der 1990er Jahre tauchten in den Medien skeptische Stimmen auf: »Die deutlichste Treibhausfolge ist ein warmer Regen: Geld ergießt sich über wissenschaftliche Eliteeinheiten in Deutschland, Großbritannien und den USA«, schrieb *Die Zeit* (vom 25. 7. 1997), und in der *FAZ* (vom 8. 1. 1997) hieß es: »Climate Change« – der Begriff [...] öffnet den Wissenschaftlern mittlerweile weltweit die Türen zur Politik und den Fördermitteln«, und »Ist das Katastrophenszenario bloß Panikmache?« (*Das Sonntagsblatt* vom 21. 11. 1997). Damals waren das noch vereinzelte Stimmen. Aber sie enthielten bereits das für die Wissenschaft besonders brisante Element medialer Aufmerksamkeitsökonomie: den Wechsel von neutraler Berichterstattung zu reflexiver Zuschreibung eigennütziger Motive, die die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Nachrichten gezielt infrage stellt. Es ist die Unterstellung, dass die Wissenschaftler (hier die Klimaforscher) aus eigenem Interesse – es geht um politischen Einfluss und Geld – Katastrophenszenario verbreiten. Entsprechend der Medienlogik, wonach nur die ausgefallene, unerwartete Nachricht Neuigkeits- und somit Nachrichtenwert hat, war zu erwarten, dass die skeptische Berichterstattung selbst in Deutschland kein Einzelfallphänomen bleiben würde. 2007 kommentierte *Der Spiegel* die Veröffentlichung des vierten IPCC-Berichts zunächst im Sinn neutraler Berichterstattung, wenngleich leicht ironisierend und medienkritisch. Nur eine Woche später sprach er von »Klima-Hysterie«. Die *FAZ* (vom 30. 3. 2007) wechselte ebenfalls auf die Seite der Skeptiker, etwa mit der Überschrift »Ist der Klimawandel nichts als Schwindel?«.

In Deutschland hatten die Klimaforscher von Anfang an ihre Warnungen in einer Katastrophenszenario gerahmt – im Unterschied zu allen anderen Ländern, wo weniger aufgeregt von Global Warming oder Climate Change die Rede ist. Das sollte hierzulande dazu dienen, Gewissheit zu signalisieren und die Dringlichkeit daraus folgender politischer Entscheidungen zu vermitteln. 2004 waren 85 Prozent der Befragten »voll und ganz« oder »ziemlich« überzeugt, dass die von den Klimaforschern



prognostizierten Veränderungen auch tatsächlich eintreffen würden. Die drohende »Katastrophe« galt sowohl in der Wissenschaft als auch in den Medien als ausgemacht. Insoweit war die Strategie der Klimaforscher zunächst erfolgreich. Aber was, wenn die Katastrophe ausblieb? Lässt sich die Furcht vor einer Katastrophe aufrechterhalten, die erst in 40 bis 50 Jahren spürbar wird? Cassandra-rufe sind bekanntlich nicht geeignet, Glaubwürdigkeit zu erhöhen.

Die in den Leitmedien ab 2007 vermehrt auftauchende Skepsis führte zwar nicht unmittelbar zu einem Umschwung der Stimmung, aber die Ambivalenz des Erfolgs der ›Gesellschaftsberatung‹ seitens der Klimaforscher sollte sich ein paar Jahre später erweisen. Kaum zufällig im Vorfeld des Kopenhagener Klimagipfels meldeten die Medien im November 2009, dass Hacker Hunderte von E-Mails von einem Computer der Climatic Research Unit (CRU) an der britischen East-Anglia-Universität gestohlen und ins Netz gestellt hatten. Gravierender als der Vorgang selbst war der zum Teil kompromittierende Inhalt der E-Mails. Die Medien stürzten sich vor allem auf die Wortwahl – von einem »Trick« war die Rede, mit dem ein Problem der Datenergänzung gelöst worden sei –, und sie beklagten das geheimnistuerische Verhalten der Klimaforscher am CRU, die sich geweigert hatten, ihre Daten mit anderen Kollegen zu teilen, und offensiv die britischen und amerikanischen Informationsfreiheitsgesetze unterlaufen hatten. Die Medien, die sich inzwischen zunehmend selbstreflexiv in derartigen ›Hypes‹ betrachten, gestanden ein, dass sie durchaus »einen Anteil an der aktuellen Lage« haben könnten, »weil sie gern möglichst eingängige Sätze von Klimaforschern hören möchten«. Zugleich beharrte *Der Spiegel* jedoch darauf: »Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse an maximaler Transparenz in der Klimaforschung«. Die Wissenschaftler des CRU hätten mit ihrer Informationspolitik jedoch die »Chance vergeben«, ihre Position darzustellen (*Spiegel* online 24. 11. 2009). Am Ende kam ein britischer Parlamentsausschuss zu dem Ergebnis, dass die Klimaforscher sich zwar nicht gegen die Öffentlichkeit verschworen hätten, ihre Informationspolitik mit dem Ziel, »Kritiker in die Ecke zu drängen«, sei hingegen zu kritisieren.

2010 war in Deutschland die Zahl derer, die vor einer Klimaveränderung Angst hatten, auf 42 Prozent gesunken. 15 Prozent glaubten, dass Wissenschaftler, Politiker und Medien die negativen Folgen des Klimawandels

übertreiben. Immerhin sind noch zwei Drittel der Befragten davon überzeugt, dass die Prognosen der langfristigen Erwärmung zuverlässig sind, ein Drittel zweifelt jedoch an deren Zuverlässigkeit. Ähnliche Ergebnisse haben Umfragen in Großbritannien ergeben. Einen Zusammenhang mit den »jüngst bekanntgewordenen Fehlern und Übertreibungen im Bericht des Weltklimarates« hielt *Der Spiegel* vorsichtig für möglich (*Spiegel* online 27. 3. 2010). Der amerikanische Sozialökonom Roger Pielke erklärte: »Im öffentlichen Bewusstsein erodiert derzeit das Vertrauen in die Autorität der Klimawissenschaft« (Traufetter, *Spiegel* online 25. 1. 2010).

Fazit

Die Lektion ist ziemlich eindeutig. Wissenschaftliche Politik- bzw. ›Gesellschaftsberatung‹ ist ambivalent. Vorilige Behauptungen absoluter Gewissheit oder gar alternativer politischer Folgerungen, die aus wissenschaftlichen Erkenntnissen und Befunden zu ziehen seien, lassen sich wissenschaftlich nicht rechtfertigen und gehören in die Rubrik politischer Propaganda. Wissenschaftlern kann zwar nicht das staatsbürgerliche Recht verweigert werden, sich politisch zu engagieren, aber wenn sie dies im Namen der Wissenschaft tun, missbrauchen sie deren Glaubwürdigkeit und ihre darauf ruhende Autorität. Die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft beruht weder auf überzogenen Katastrophenwarnungen noch auf Verheißungen paradiesischer Zukünfte, sondern vielmehr auf der Demonstration der Schwierigkeiten des Wissenserwerbs, der Diskussion widerstreitender Theorien und Interpretationen von Beobachtungen sowie der Offenlegung von Ungewissheiten. Darin liegen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen ihrer Überzeugungskraft gegenüber der Gesellschaft und ihren Politikern. Zumal in demokratischen Gesellschaftsordnungen sind Wissenschaftler besonders gefordert, nicht der Versuchung zu erliegen, die Verfügung über spezialisiertes Wissen für eine ausreichende Legitimation politischer Einflussnahme zu halten.

1 Bundesumweltminister Röttgen wird zum Beispiel mit dem Satz zitiert: »Wissenschaftliche Genauigkeit ist unabdingbare Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der politischen Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen« (Traufetter, *Spiegel* online 25. 1. 2010, letzter Zugriff 9. 4. 2010).

2 Die Energiewende etwa wird nicht nur vollzogen, weil die Bürger das Risiko der Kernenergie nicht tragen wollen, sondern zugleich unter der Bedingung, dass die klimafreundliche Atomkraft durch ›erneuerbare‹ Energie ersetzt wird.

3 Zu einem Fall der Bedrohung unliebsamer Medienberichte siehe www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,796623,00.html